

GKV wehrt sich gegen die Kostenexplosion bei Rundfunkbeiträgen

Die zu Jahresbeginn in Kraft gesetzte Umstellung der bisherigen Rundfunkgebühr auf einen geräteunabhängigen Rundfunkbeitrag hat drastische Kostensteigerungen für viele Unternehmen der Kunststoff verarbeitenden Industrie zur Folge. Die Umstellung auf den Rundfunkbeitrag, der bei den Unternehmen in Form einer Betriebsstättenabgabe erhoben wird, führt teilweise zu einer Vervielfachung der Gebührenbelastung der Unternehmen. „Im Einzelfall hat sich die Gebührensumme, die einem Unternehmen unserer Branche abverlangt wird, gegenüber dem Vorjahr mehr als verzwölffacht. Insbesondere wenn Unternehmen eigene Kraftfahrzeuge besitzen oder mehrere Betriebsstätten unterhalten, steigt die Belastung durch den Rundfunkbeitrag dramatisch an“, so der Geschäftsführer des GKV, Dr. Oliver Möllenstädt.

Der GKV rechnet damit, dass sich Unternehmen gegen das neue Gebührensystem auf dem Rechtsweg wehren werden. Der Verband rät daher allen Mitgliedsunternehmen seiner Trägerverbände, die Zwangsabgabe nur unter Vorbehalt zu zahlen. Somit bleibt die Chance, auf eine spätere Rückerstattung der Beiträge erhalten. Der GKV wird sich gegenüber der Politik für eine sorgfältige Evaluierung der Auswirkungen auf die Unternehmen einsetzen. Erforderlichenfalls muss das Beitragssystem nach Auffassung des Verbandes erneut auf den Prüfstand gestellt werden.